

Regionalverband Saarbrücken
Regionalverbandsdirektor
Herrn Peter Gillo

1. Dezember 2011

- im Hause -

Resolution zu den Kürzungen der Bundesmittel für Langzeitarbeitslose

Die Regionalversammlung sieht in den erheblichen Kürzungen bei den Bundesmitteln zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen eine Fehlentscheidung und fordert die Zurücknahme der Entscheidung. Die Versammlung unterstützt uneingeschränkt die entsprechenden Initiativen von Ministerin Monika Bachmann („Die Kürzung der Bundesmittel für den Zweiten Arbeitsmarkt ist eine Fehlentscheidung“, Pressemitteilung 28.11.2011) und von Regionalverbandsdirektor Peter Gillo („Eingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose dürfen nicht gekürzt werden“, Pressemitteilung vom 4.11.2011).

Die aktuelle Arbeitsmarktlage zeigt zwar, dass durch die derzeit gute konjunkturelle Entwicklung wieder mehr arbeitslose Menschen ein Beschäftigungsverhältnis finden, allerdings greift diese Entwicklung noch nicht auf die vielen Langzeitarbeitslosen im Regionalverband durch, die für eine Vermittlung intensive Betreuung, Aktivierung und Qualifizierungsmaßnahmen benötigen, um eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erreichen zu können. Brechen hier die Mittel weg, werden im Regionalverband Saarbrücken, in dem sich die Problematik rund um die Landeshauptstadt in konzentrierter Form darstellt, viele Menschen überhaupt keine Chance mehr auf ein Beschäftigungsverhältnis und damit einen eigenständigen Lebensunterhalt haben.

Darüber hinaus wird die Situation der freien Bildungsträger weiter verschärft, die mit gezielten Projekten Langzeitarbeitslosen durch intensive Betreuung, Aktivierung und Qualifizierung wieder zu einer beruflichen Perspektive verhelfen. Im Regionalverband Saarbrücken muss aufgrund der sich zuspitzenden Haushaltssituation bereits seit Jahren die Projektförderung in allen Bereichen kritisch hinterfragt und grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Für die Projektträger bedeutet die Kürzung der Bundesmittel nun, dass Projekte nicht mehr fortgeführt werden können und Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren und ebenfalls zu arbeitslosen Menschen werden, für die dann Unterstützungsleistungen zu bezahlen sind.

Aus diesem Grund appelliert die Regionalversammlung im Regionalverband Saarbrücken an Bundesministerin Ursula von der Leyen und die Bundesregierung, die Finanzsituation der Kommunen, die ohnehin schon als prekär bezeichnet werden muss, nicht weiter zu verschärfen.



(Manfred Maurer)
- stv. Vorsitzender CDU-Fraktion -



(Volker Schmidt, MdL)
- Vorsitzender SPD-Fraktion -



(Hubert J. Saub)
- sozialpolitischer Sprecher CDU-Fraktion -